

Sünder unter sich

Im Prinzip hat Washington immer den Freihandel verteidigt – gegen große Sünder wie China und Japan und kleinere wie die EU. In der Praxis aber hat die Regierung Clinton immer öfter *managed trade* gewählt. Das ist ein Euphemismus für das Gegenteil von *free trade*, nämlich bilaterale Abmachungen zwischen den USA und dem Staat X, die den Partnern – und nur ihnen – gewisse Vorteile verschafften, und dies logischerweise zum Nachteil für alle anderen.

Just dies wirft die EU den USA im Falle Chinas vor, wo gerade die US-Handelsbeauftragte Charlene Barshefsky einen neuen Deal herauszuschlagen versucht. Laut EU sähe der so aus: Die USA verschaffen den Chinesen den Beitritt zur WTO, der Welthandelsorganisation; dafür erhalten die Amerikaner privilegierten Zugang zum chinesischen Markt, insbesondere für Dienstleistungen. Das ist

eine plausible Sorge der Europäer; nicht zuletzt, weil die USA seit Jahren verzweifelt versuchen, ihr 50-Milliarden-Dollar-Defizit mit China zu knacken.

Bloß könnte die EU ihr berechtigtes Anliegen viel glaubwürdiger vertreten, wenn sie mit ihrer dümmlichen Bananenordnung nicht ebenso gesündigt hätte. Diese verschafft den Ex-Kolonien Englands und Frankreichs einen heftigen Vorteil für ihre Bananen – zum Schaden der hiesigen Konsumenten, die nun etwa das Doppelte für diese deutscheste aller Früchte bezahlen müssen. Schon haben die Amerikaner für eine halbe Milliarde Dollar Strafzölle auf EU-Waren erhoben, warten aber mit dem Eintreiben noch ab. Dies wäre ein feiner Moment für die beiden Handels Giganten EU und USA, den beiderseitigen Unsinn zu beenden – zum eigenen wie zum Wohle des Welthandels. jj